

Das Land Vorarlberg im Internet

Landtag · Newsübersicht (mit Bild)

Vorarlberger Landtag

Einstimmige Unterstützung für Vorlage zum Global Marshall Plan



Der "Global Marshall Plan" zielt auf eine sozial, ökonomisch und ökologisch ausgewogenere Entwicklung der Welt. Im Europa-Ausschuss des Vorarlbergers Landtags wurde am 30.06.2010 einstimmig eine Ausschussvorlage erarbeitet, die sowohl den Bund als auch die Länder stärker in die Pflicht nehmen soll.

Gefordert wird unter anderem, dass im Rahmen der budgetären Möglichkeiten die Höhe der österreichischen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf das von der UNO geforderte Niveau angehoben wird und dass eine zumindest europaweite Finanztransaktionssteuer eingeführt wird.

Auf Landesebene soll das Büro für Zukunftsfragen als Koordinations- und Informationsdrehscheibe für alle Aktivitäten im Land und in den Gemeinden im Sinne des "Global Marshall Plans" fungieren.

Landtagspräsidentin Bernadette Mennel, Vorsitzende des Europa-Ausschusses, begrüßt die heutige Entscheidung: "Der 'Global Marshall Plan' war im Vorarlberger Landtag in der Vergangenheit immer vom Konsens aller Parteien getragen. Ich freue mich, dass es auch diesmal gelungen ist, zu einem von allen Fraktionen unterstützten Beschluss zu gelangen."

Infobox

Download:

[Ausschussvorlage zum Global Marshall Plan \(8 kB\)](#)

Die erforderlichen Programme zum Anzeigen und Abspielen finden Sie hier:

[Download Programme](#)

Unterstützung des Global Marshall Plans fortsetzen

„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht,

1. ihre Bemühungen, die anderen Bundesländer sowie die Bundesregierung zu einer konkreten gemeinsamen Unterstützung für die Ziele des Global Marshall Plans zu bewegen, im Sinne des Landtagsbeschlusses vom 4. Juni 2008 fortzusetzen und sich
2. insbesondere im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz erneut, dafür einzusetzen, dass die „Global Marshall Plan Initiative Österreich“ finanziell von den österreichischen Bundesländern so unterstützt wird, dass ein sinnvolles Lobbying bei der Europäischen Kommission bzw. beim Europäischen Parlament zur Erreichung der Ziele des „Global Marshall Plans“ möglich wird. Konkret sollen die Lobbyingaktivitäten des Ökosozialen Forums Europa, das innerhalb der „Global Marshall Plan Initiative“ die Koordination der Aktivitäten in Brüssel und in Österreich verantwortet, unterstützt werden,
3. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, im Rahmen der budgetären Möglichkeiten das Ziel anzustreben, die Höhe der finanziellen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf das von der UNO geforderte Niveau anzuheben,
4. sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, dass eine zumindest europaweite Finanztransaktionssteuer eingeführt wird, deren Aufkommen auch für internationale Aufgaben, wie beispielsweise die Eigenfinanzierung der EU oder die Entwicklungszusammenarbeit, verwendet wird,
5. die verschiedenen im Land tätigen Initiativen und auch die Gemeinden in geeigneter Form auf die bereits bestehenden Möglichkeiten des Büros für Zukunftsfragen als Koordinations- und Informationsdrehscheibe für alle Aktivitäten im Sinne des „Global Marshall Plans“ hinzuweisen.“

Bregenz, 30.06.2010